Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)

Verlag
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen schweizerischen
Postbureaux, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
Die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 8. Donnerstag, 15. Februar. 1883.

Hinweis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Agrarische Bauernfänger.

Immer und immer wieder müssen wir die Unverschämtheit brandmarken, mit der die Bevorrechtetsten unter den Bevorrechteten, die Landjunker, alle Forderungen, die sie in ihrem Klasseninteresse stellen, als soziale Reformmaßregeln ausschreien, und unter dieser Flagge, auf welche leider immer noch viele Leute hineinfallen, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen suchen. Wenn man diese Bauernschinder in ihren Versammlungen hört, dann triefen sie förmlich vor Edelmuth, sie fordern ja nichts für sich, sondern alles für das arme enterbte Volk; und nur weil, was ihnen Gutes geschieht, nothwendigerweise auch der Gesammtheit nützt, darum wagen sie es, auch für sich Ansprüche zu erheben. O, man hat gar keine Ahnung, wie uneigennützig die Herren sind!

Da waren sie vorige Woche wieder einmal in Berlin unter dem Titel „Generalversammlung der Vereinigten Steuer- und Wirthschaftsreformer" zusammen und berathschlagten über die Börsensteuer, — für welche die Herren natürlich schwärmen, da sich die Meisten von ihnen verdientermaßen an der Börse die Finger verbrannt haben und infolgedessen zum geliebten „meine Tante, deine Tante" zurückgekehrt sind, das viel moralischer ist, weil man da nicht nachzudenken braucht —, sowie über verschiedene andere „Fragen", unter anderen die Vagabundennoth, worunter natürlich nicht die Noth der Vagabunden zu verstehen ist, sondern die Unbequemlichkeit, welche diese Mahner den Herren verursachen, und die Währungsfrage. Da mit Bezug auf diese ganz besonderer Humbug getrieben wird, so wollen wir heute dem neuesten Universalheilmittel, der erstrebten internationalen Doppelwährung einige Worte widmen.

Es sind jetzt netto zwei Jahre her, daß Genosse Dietzgen in unserem Blatte den Nachweis lieferte, daß die Doppelwährung auf die Dauer unhaltbar sei. Da der Werth jeder Waare, und Gold und Silber sind eben in letzter Instanz nichts anderes als Waaren, bestimmt wird durch die zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich nothwendige Arbeit, so ist es absurd, heute ein festes Werthverhältniß zwischen Gold und Silber feststellen zu wollen, da schon morgen die Produktionsverhältnisse des einen dieser Metalle sich geändert haben können.*)

Selbstverständlich heißt das nicht, daß nicht in Praxis wirklich längere Zeit ein annähernd stabiles Verhältniß zwischen beiden Metallen bestehen kann und auch zeitweise bestanden hat. Ihrer verhältnißmäßigen Stabilität wegen eignen sie sich ja ganz besonders zum Währungsmetall. Aber diese Thatsache ist es auch, welche unklare Köpfe zu Trugschlüssen verleitet und den Befürwortern der offiziellen Falschmünzerei das Handwerk erleichtert hat.

Thatsächlich liegt die Sache nämlich so, daß den Verfechtern der Doppelwährung — man nennt sie auch Bimetallisten, von bis = doppelt — diese an sich sehr gleichgültig ist, wenn sie nicht auf einer ganz bestimmten Basis durchgeführt wird, d. h. nach dem Verhältniß von 1 zu $15^1/_2$, nämlich 1 Pfund Gold = $15^1/_2$ Pfund Silber, während auf dem Weltmarkt das Verhältniß von Gold zu Silber jetzt durchschnittlich 1 : 20 ist. Es soll also in Zukunft von Staatswegen Jeder für $15^1/_2$ Pfund Silber schon 1 Pfund Gold kaufen können, der heute dafür 20 Pfund Silber ausgeben muß. Oder, um das Verhältniß unsern Lesern noch verständlicher vorzuführen, es soll in Zukunft für 100 Pfund Silber statt 5 Pfund $6^{45}/_{129}$ Pfund Gold geben, eine Preiserhöhung des Silbers, bezw. eine Herabsetzung der Währung um 29 Prozent.

Da nun auf dem Weltmarkt Bismarck leider „nix to seggen" hat, so würde ein solches Währungsgesetz in Preußen-Deutschland todter Buchstabe bleiben, es soll daher international eingeführt werden. Wo es die Interessen der herrschenden Klassen erfordern, da sind sie alle mit einander gut international. Die internationale vertragsmäßige Doppelwährung werde, so sagen die Bimetallisten, den Silberbedarf so heben, daß der Preis des Silbers das alte Verhältniß von $15^1/_2$: 1 wieder erreichen werde, dann werde wieder Glück und Segen der Menschheit zu Theil werden. Das ist natürlich eitel Humbug, das Silber ist heute als Währungsgrundlage neben dem Golde unbrauchbar geworden, weil sein Werth gefallen ist, nicht umgekehrt; die neue Doppelwährung, ob international oder nicht, wäre nichts anderes als die Rückkehr zur reinen Silberwährung.

Was wäre aber die praktische Folge dieser „Wiedereinsetzung" des Silbers? Ein Steigen der Waarenpreise, ein Sinken der Kaufkraft des Goldes. Darauf gestützt, behaupten die biederen Bimetallisten, daß nur die Geldleute, die Kapitalisten, Gegner ihrer Bestrebungen seien, während sie die Interessen der ehrlichen Arbeit vertreten. Sehen wir zu, ob das Ding sich wirklich so verhält.

Alle Diejenigen, welche Geldleistungen zu erfüllen haben, würden bei der Sache profitiren, vor Allem die Hypotheken- ꝛc. Schuldner. Aber nur insofern sie selbst Waaren produziren, bezw. produziren lassen, d. h. in erster Reihe der verschuldete ländlichen Grundbesitz. Für alle übrigen Schuldner würde der Nutzen nur vorübergehend sein, während sie später an dem allgemeinen Schaden, den diese Falschmünzerei zur Folge haben muß, voll und ganz theilnehmen würden. Direkten Nachtheil aber hätten sofort alle diejenigen, welche auf reine Geldeinnahmen angewiesen sind: Rentiers, Beamte und — Arbeiter. Denn die Waare Arbeitskraft ist diejenige, welche unter der kapitalistischen Produktionsweise bei einer allgemeinen Preissteigerung am schlechtesten fährt. Die Löhne kommen einer in den seltensten Fällen und auch dann gewöhnlich nur annähernd nach. Nur wenige privilegirte Berufe sind es, welche durch Streiks ꝛc., also erst nach langen Opfern, Lohnerhöhungen durchzusetzen vermögen.

Oho, ruft uns der Junker von Mirbach zu, Ihr vergeßt die wohlthätigen Wirkungen der Doppelwährung:

„Für die Lösung der sozialen Frage im friedlichen Sinne ist die Entwickelung der Währungsfrage von einschneidendster Bedeutung. Gelingt es, sie im bimetallistischen Sinne zu lösen, so wird ein ungeahnter Aufschwung und zwar kein auf einer schwindelhaften Basis beruhender, unsere ganze nationale Erwerbsthätigkeit beleben. Der Arbeiter wird überall reichlichere Arbeit, reichlicheren Verdienst finden. Das thut ihm Noth, nicht billiges Brod, nicht billige Preise, bei denen er verhungern kann, wenn es ihm an Arbeit fehlt."

(„Deutsches Tageblatt" vom 8. Februar.)

Wirklich, edler Agrarier? Glauben Sie, daß wir so dumm sind, auf diesen Köder anzubeißen? O, wir kennen diese Melodie gut. Sie ist noch von jedem Sozialpfuscher angestimmt worden, und hat längst ihre Zugkraft verloren. Freilich braucht der Arbeiter vor allen Dingen Beschäftigung, aber daß die Verschlechterung der Währung ihm diese verschaffe, das machen Sie uns nicht weis. Dann müßten Rußland und Oesterreich die wahren Eldorado's für die Arbeiter sein, und England dagegen ein Jammerthal. Unsere Arbeiter kennen die Gesetze der bürgerlichen Produktionsweise besser und wissen, daß hohe Preise wohl die Folge, nicht aber die Ursache guter Geschäftszeit sind, und werden sich hüten, das sichere Uebel, Schädigung ihrer Kaufkraft, für einen mehr als problematischen Nutzen einzutauschen. Und wenn Sie zehnmal sagen, wer mit uns ist, der will den Schutz des Staates für den Armen, den „wirthschaftlich Schwachen", so wissen wir, daß die Armen, für welche Sie so warm eintreten, Niemand anderes ist als die ehrenwerthe Gesellschaft der Landjunker, welche so christlich sind, ihre Schulden auf das Volk, das sie verachten und treten, abwälzen zu wollen.

Daß es nicht die Goldwährung ist, welche den ländlichen Grundbesitz ruinirt, gesteht Herr Mirbach selbst ein, wenn er sich dagegen verwahrt, ein verschuldeter Grundbesitzer zu sein. „Ich persönlich", sagt er, vertrete jedenfalls keinen überschuldeten Besitz, bin vielmehr in der Lage gewesen, meine Besitzungen sehr beträchtlich zu vergrößern (!) und einen großen Theil der Kaufgelder aus meinen Einnahmen zu bestreiten. Ich konstatire auch gern, daß trotz der ungünstigen landwirthschaftlichen Konjunkturen, trotz der Goldwährung meine Vermögenslage sich namentlich seit den letzten Jahren, wenn auch mäßig, so doch stetig gebessert hat. Dies liegt aber wesentlich in dem günstigen Verhältniß des Umfanges meiner Besitzungen zu meinen Bedürfnissen."

Mit anderen Worten, Herr von Mirbach ist Großgrundbesitzer, und er war, Dank der Getreidezölle, der günstigen Spiritus- und Zuckerkonjunkturen in der glücklichen Lage, trotz Goldwährung, sich zu „arrondiren". Es wäre doch sehr interessant, zu erfahren, auf wessen Kosten diese Vergrößerung der Güter des Herrn von Mirbach vor sich gegangen ist, ob es nicht kleine Bauern ꝛc. gewesen sind, die „trotz der Wirthschaftsreform" ihre Grundstücke haben verkaufen müssen, weil der Umfang ihrer Besitzung nicht in so „günstigen Verhältnissen zu ihren Bedürfnissen" (welche sinnige Ausdrucksweise) stand. Wenn nun noch durch Einführung der Doppelwährung die Getreide- ꝛc. Preise recht tüchtig in die Höhe gehen, dann ist für Herrn von Mirbach die soziale Frage gelöst. Wer kann es ihm da verdenken, wenn er in seiner Freude dem HErrn die Ehre und einen Theil seines Gewinnes zu Missions- und anderen Kirchenzwecken gibt, auf daß seine Freunde Stöcker und Genossen rüstig fortwirken und dem Pöbel erbauliche Predigten halten über das himmlische Manna und wider den verwerflichen Materialismus der Zeit!

Nur zu, Ihr Herren! Treibt Euer bauernfängerisches Spiel nur so weiter. Die klassenbewußten Arbeiter täuscht Ihr doch nicht, diejenigen aber, welche sich heute von Euch hinters Licht führen lassen, werden, wenn ihnen die Schuppen von den Augen fallen, um so erbitterter mit Euch ins Gericht gehen.

*) Der Umstand, daß Gold und Silber nicht beliebig vermehrbar sind, ihre Produktion vielmehr von der Ergiebigkeit, bezw. Auffindung bestimmter Minen abhängt, ist für die Werthbestimmung natürlich nicht gleichgültig, darf indeß nicht zu dem Schluß verleiten, daß die Seltenheit es sei, welche den Werth bestimme. Dies beläufig.

Die fromme Bourgeoisie.

II.

Wenn ein Artikel eines mit Ausnahme seines Börsentheils so geistlos redigirten Blattes wie das „Leipz. Tagebl." unserer Betrachtung zu Grunde gelegt wird, so geschieht das, weil die Zustände Leipzigs in mehr als einer Beziehung ein gutes Demonstrationsobjekt sind.

Die Leipziger Bourgeoisie ist der unverfälschte Typus der deutschen Bourgeoisie.

Leipzig hat in der Geschichte der Entwickelung des Bürgerthums von jeher eine hervorragende Rolle gespielt. Frühzeitig eine bedeutende Handelsstadt, dann auch Universität, war es einer der vornehmsten Sitze der Reformation. In Leipzig hat sich das mittelalterliche Bürgerthum und aus ihm die moderne Bourgeoisie frei und unbehindert von fürstlichem und höfischem Einfluß entwickeln können. Eine Menge bedeutender Männer, von Luther bis Robert Blum, traten in Leipzig vorübergehend oder längere Zeit handelnd auf.

Demgemäß entwickelten sich in Leipzig in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts die liberalen Ideen besonders stark. Es marschirte auf ökonomischem, politischem und religiösem Gebiete an der Spitze von Sachsen und Mitteldeutschland; es wurde der Hauptherd der Bewegung von 1848 und 1849; es stand wiederum an der Spitze, als mit den Jahren 1859 und 1860 die nationalvereinliche Bewegung begann, und so war es ganz natürlich, daß dort auch die neue soziale Bewegung mit zuerst ihre Wurzeln schlug und in Leipzig das Arbeiterkomite saß, an das Lassalle sein berühmtes Antwortschreiben erließ.

In der sozialen Bewegung hat Leipzig, ganz entsprechend seiner Natur, das Schauspiel, daß dieselbe dort nicht sprunghaft und jäh, sondern langsam aber sicher, Schritt für Schritt, sich den Boden eroberte. Von ca. 1400 Stimmen, welche die sozialistische Kandidatur bei der ersten Wahl 1867 auf sich vereinigte, stiegen diese nach und nach auf nahe an 10,000 in der Stichwahl von 1881. Gehen die Dinge ruhig weiter, so kann man mit fast mathematischer Genauigkeit den Zeitpunkt berechnen, wo Leipzig von der sozialistischen Hochfluth, die vor seinen Thoren in hohen Wellen geht, überfluthet wird.

Der wachsenden sozialen Bewegung entsprechend, hat auch die Leipziger Bourgeoisie ihre Haltung verändert.

Anfangs der Bewegung freundlich, sich ihrer zu bemächtigen suchend, sie geistig und materiell unterstützend, zog sie sich in dem Maße zurück, wie dieselbe ihr feindlich wurde und wuchs. Trotzalledem war man in Leipzig langezeit Gewaltmaßregeln abgeneigt. Der alte unabhängige Bürgergeist, die Tradition, widerstand eine Weile der Versuchung. Aber die soziale Bewegung wuchs immer mehr, Leipzig war sozusagen ihr geistiges Zentrum geworden, und in demselben Maaße sank der Widerstand, bis er endlich ganz fiel. Bei dem allgemeinen Halali zur Hatz auf das sozialdemokratische Wild erschallte die Stimme der Leipziger Bourgeoisie mit am lautesten.

Mit dem politisch liberalen Geiste ging auch der liberal-religiöse zum Teufel. Einst Sitz aller vorgeschrittenen religiösen Anschauungen kam Leipzig zum Stillstand, es vermuckerte. Die Leipziger liberalen Bourgeois laufen mit den schwarzröckigen Pfaffen um die Wette von Haus zu Haus und pressen durch Bitten, Versprechungen und Drohungen die Paare, sich in der Kirche trauen, die Eltern, ihre Kinder am Altar taufen zu lassen. Es sind da ganz skandalöse Dinge vorgekommen, aber die einst freigeistige Presse ist verschwunden, die heutige schweigt in hündischer Abhängigkeit.

Aber das Alles genügt der Bourgeoisie noch nicht; ihre Angst vor der Sozialdemokratie wächst mit jedem Tage. Die Unterdrückung aller Zeitungen, die Verbote der Schriften, der Vereine und Versammlungen, die Beschränkung der Wahlfreiheit, die Verhängung des Belagerungszustandes mit der üblichen Ausweisungswuth und Existenzvernichtung, alles Mittel, von denen man sicher den Tod des schrecklichen Feindes erwartete, verfingen nicht. Niedergeworfen, scheinbar todt, benutzt die Sozialdemokratie den Moment der Ruhe nur zur Sammlung neuer Kräfte und ihre Hiebe treffen noch gewaltiger den erschreckten Feind.

Die Bourgeoisie ist in Verzweiflung. Da verfällt sie, Vater Travailleurs, in ihrer Seelenangst als letztes Mittel auf die Kirche. Die einst Befehdete, Gehaßte soll helfen; der antichristliche, atheistische Geist der Sozialdemokratie erscheint ihr als die Hauptgefahr, dieser soll fallen.

Wer hat die antichristlichen, pantheistischen, atheistischen, materialistischen Ideen in die Welt gesetzt? Der Sozialismus? Der war noch im Mutterleib der Bourgeoisie, als jene Ideen schon lebten.

Es waren die großen deutschen Dichter, die berühmten Philosophen, und, hinter ihnen drein stürmend, alles niederwerfend, die moderne Naturwissenschaft.

Da kamen von der einen Seite die Lessing, Goethe, Schiller, Heine, Börne und das junge Deutschland; von der andern die Kant, die Fichte, die Hegel, die Schopenhauer, die Bauer, die Feuerbach, die David Strauß; von der dritten Seite die Moleschott und Büchner und — schon zu Lebzeiten der Sozialdemokratie — die darwinistische Schule.

Die Bourgeoisie hat in ihrer Jugend all' diese Bestrebungen mit Enthusiasmus unterstützt; als sie sich gegen Aristokratie und Kirche zu ihrer Vertheidigung auf die Mensur warf, waren sie ihr Ideal.

Ach! das ist sehr anders geworden; und der verfluchte Junge, der Travailleur, ist daran schuld. Anfangs freute sie sich, wie der Bursch

wuchs und ihr eine gute Stütze zu werden versprach, sie gab ihm die Klassiker, die Philosophie und die Naturwissenschaft als Spielzeug in die Hand. Aber der Junge nahm das Spielzeug ernst und machte eine Waffe daraus, womit er im Meinungsstreit die Gründe seines eigenen Vaters bekämpfte. Die Bourgeoisie erfaßt Todesschreck, denn sie kennt die Schneidigkeit dieser Waffen, sie hat sie in ihrer Jugend, wo sie noch lange nicht so scharf waren, selbst geführt. Daher ihr plötzliches Losungswort: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo; wieder in die große Verdummungsanstalt, in die Kirche mit dem Jungen!

Aber die Sozialdemokratie — denn das ist Travailleur — lacht, sie läßt sich von Ammenmärchen und Hexen nicht schrecken, sie kennt ihre Waffe, und sie benutzt sie rücksichtslos. Der Tag kommt, wo sie als Sieger auf dem Schlachtfeld stehen wird, und er kommt um so rascher, je dümmer und ungeschickter ihre Gegner sind.

Höret!

Da tritt ein Pastor hin, Pank heißt der Mann — wir reden von Leipzig — und fordert zur Gründung eines Kirchenbauvereins auf. Während das Pfäfflein flennt und sein Latein hersagt, sitzen als andächtige Zuhörer um es herum: Der Reichsgerichts-Präsident Dr. Simson (Saul unter den Propheten, er ist bekanntlich wie sein Urahn im alten Testament semitischer Abstammung), der Oberbürgermeister und der Oberstaatsanwalt von Leipzig, ein Polizeirath — nicht zur Ueberwachung, sondern zur Erbauung anwesend — Reichsgerichtsräthe, Professoren und Doktoren der Universität, noch einige höhere Beamte, ein paar reiche Kaufleute und — als weißer Sperling unter den Raben — ein Schneidermeisterlein. Im Ganzen ungefähr drei Dutzend Menschen, alle bis auf den letztgenannten, der Crème der Gesellschaft angehörig.

Der Pfaff singt ein trauriges, für uns gar erbaulich Lied. Er klagt, wie üblich, über die Verderbtheit der Welt (die in deren Augen stets verderbt war), über die zunehmende Unkirchlichkeit und deren angebliche Ursache, den Mangel an Kirchen und Seinesgleichen. (Sind denn alle Kirchen voll?) In Berlin kommen auf 10—20,000 Seelen eine Kirche, in Leipzig erst auf 30—40,000. Das sei ein „schreiendes Mißverhältniß". (Das uns freut.) Die Zahl der Kirchen sei nicht größer als zu Luther's Zeit; was würde dieser sagen, wenn er wieder käme? (Gott sei Dank, daß er nicht wieder kommt.) Leipzig's Kirchen seien sonntäglich, eher zu hoch als zu niedrig, von 10,000 Köpfen besucht. (Darunter die Kinder, die durch die Schule gezwungen werden, Beamte, die Rücksichten zwingen, zahlreiche Frauen und namentlich Mädchen, die nur ihre Garderobe zeigen oder die Gelegenheit benutzen wollen, ihre häusliche Klausur zu brechen, amtsfromme Studenten der Theologie, endlich die große Zahl der Frauen und Männer, die aus Stiftungen, mildthätigen Vereinen ꝛc. Wohlthaten empfangen, wofür der Kirchenbesuch der Dank ist.)

Der weitaus größere Theil dieser Kirchenbesucher, die im Ganzen 8 Proz. der protestantischen Bevölkerung, 16 Proz. der Erwachsenen bildeten — gehöre den gebildeten Kreisen an (hört!) das Kontingent, das nach Verhältniß der Seelenzahl die arme Bevölkerung stelle, sei augenscheinlich ein verschwindendes (Bravo!), betrage wohl kaum über 3 Proz. (Bravo!) Die Gebildeten und zwar in gegenwärtiger Zeit in offenbarer Zunahme (Hört! Hört!) brächten sich die Pflicht kirchlicher Gemeinschaft zum Bewußtsein. (Mit Speck fängt man Mäuse!) Den sichersten Maßstab für den kirchlichen Sinn gebe die Betheiligung an der Kommunion; diese solle in einer normalen Gemeinde 100 Prozent betragen; in Leipzig betrage sie 18 (Bravo!), in seiner früheren Gemeinde, auf dem Lande, sei sie auf 150 gestiegen. (Die armen Bauern wissen vor langer Weile nicht, was sie Sonntags machen sollen, da gehen sie eben in die Kirche.)

Nirgends sei, so fährt Herr Pank fort, die religiöse Empfänguiß größer als in großen Städten (?), oft genüge ein freundlich tröstendes Wort, um eine Seele oder eine ganze Familie, die an das Wort „Liebe" in der kalten großen Stadt nicht mehr glaube, dauernd zu gewinnen. (Große Armuth, viel Elend ist für Hilfe empfänglich, man heuchelt um ein Stückchen Brod.) Könne die Kirche ihres hohen Berufs nicht mehr walten, so träten andere geistige Mächte auf, und man wisse welche. Die Kirche sei außer Stande gesetzt, ihren heilsamen Einfluß auszuüben, wo die Sozialdemokratie erobernd auftrete (Bravo!) Die soziale Frage sei die brennendste unseres Geschlechts geworden. (Das seht Ihr endlich auch ein), hier gälte es, an der Wurzel anzufassen. (Faßt nur zu, aber wirklich an der Wurzel!)

„Jede neue Kirche ist hier im buchstäblichen Sinne ein Baustein zum großen Werk. Schon ihr bloßes Dasein (sic!) in dem Häusermeer eine gewaltige Predigt (!), ihr Thurm ein Finger, der nach oben weist, (deren recht schlanke auch die Schornsteine der Fabriken bilden), ein Prediger des Idealismus (Spiritualismus, Herr Pfarrer!) wider den Materialismus: ihr Glöcklein ein Ruf aus der Ewigkeit (!) in Joch und Jammer des zeitlichen Lebens (wovon die Pfaffen und Reichen nichts spüren) und wenn dann drinnen im Gotteshaus die Reichen neben den Armen und die Armen neben den Reichen sitzen (was bekanntlich nicht vorkommt, weil auch in der Kirche bei Predigt, Taufe, Trauung und Beerdigung der Standesunterschied erhalten wird und die Reichen ihre besonderen bezahlten Plätze genießen, wie deren z. B. jede Herrschaft auf dem Lande hat), am Altar beide zusammen von einem Brod essen und aus einem Kelch trinken (bekanntlich ist gesorgt, daß bei diesem Geschäft erst die Reichen und dann die Armen als Schwanz kommen), ja, wo in aller Welt geschieht denn das noch, daß Reiche und Arme so nebeneinander sitzen und trinken? (Im Münchner Hofbräuhaus.) Es gibt keine Macht, die so versöhnend wirkt als die Kirche, schon von äußerlich genommen. (Das hat sie seit 18 Jahrhunderten bewiesen, aber fragt mich nur nicht, wie!)

Professor Luthardt habe vor Jahresfrist im kaufmännischen Verein gesagt: Sehen Sie die Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind an, so gibt es dagegen nur ein durchschlagendes Mittel, die ausreichende kirchliche Versorgung. (Die Mahnung soll den frivolen, leichtsinnigen Kaufmannsbürschchen sehr nahe gegangen sein.)

Doch wozu länger rekapituliren! Das Ende des Sermons war ein Appell an die „werkthätige Liebe"; zum 400jährigen Jubiläum von Luthers Geburtstag müsse man den Grundstein zu einer neuen Kirche legen. („Und die Steine werden zu Brod.") Schon rege es sich; ein armer Student habe ihm anonym 10 Mk., seine ganze Habe, gesandt (O Einfaltspinsel!), aber im Vertrauen, daß der alte Gott einen deutschen Studenten nicht darum (das „darum" ist unbezahlbar) werde umkommen lassen. Einige Kommunikanten hätten ihm 500 Mk. gesandt (sicher keine Proletarierkinder), — und siehe, da springt ein reicher Kaufmann auf und legt 10,000 Mk. von seinem Ueberfluß auf den Tisch. Der Mann darbt „darum" nicht.

Alle Anwesenden waren sehr gerührt, schüttelten dem Herrn Pfarrer die Hände, die meisten suchten sich aber vor dem Zahlen zu drücken. Der Herr Oberbürgermeister hielt eine herzbrechende Dankrede, und damit war der Spuk aus.

Nun weiß der Proletarier wieder einmal, wodurch die soziale Frage, jene „brennendste unseres Geschlechts" (!), gelöst wird.

Man baut große Steinhaufen aufeinander, führt die Massen wie Schafe hinein und predigt dem leeren Magen etwas vor. Kyrie eleison! Schafe sind, die daran noch glauben.

Da haben wir die Bourgeoisie, wie sie leibt und lebt.

Wie dort in Leipzig, so ist sie überall. Ueberall schreit sie nach der Kirche, wird sie, die alte Sünderin, fromm. Selbst den Kulturkampf, der vor wenig Jahren noch ihr Steckenpferd war und ein Täuschungsmittel werden sollte — hat sie satt. Sie hat den Katholizismus, was sie nicht wollte, gestärkt und den Protestantismus, was sie nicht sollte, geschwächt.

Das Zentrum ward politisch und sozial gegen die neue liberale Wirthschaft oppositionell, es ward mit Eifer sogar scheinbar sozialistisch und demokratisch, und gewann so die religiös gesinnten katholischen Massen. Der Pfaff versprach ihnen neben dem irdischen auch das himmlische Paradies und übertrumpfte so die Sozialdemokratie, die nur das irdische versprechen konnte.

Umgekehrt ließen sich die protestantischen Massen durch das religiöse Scheingefecht der Bourgeoisie nicht irre machen, sie pfiffen darauf und entschieden sich für die Erde, indem sie sozialistisch wurden.

Heute wird der katholischen Klerisei und der katholischen Bourgeoisie vor ihren eigenen einstmaligen Versprechungen Bange. Die Massen bestehen auf ihrem Schein, erst die Erde und dann den Himmel als angenehme Zugabe. Was thun? Sie können der Masse nicht gewähren, was sie in der Hitze des Kampfes versprochen, und mit dem himmlischen Manna begnügt diese sich nicht.

Wenn Herr Windthorst ruft: „Geben Sie uns den kirchlichen Frieden, und ich garantire mit meinem Kopf, die Sozialdemokratie kommt nicht auf", so ist das entweder auf Täuschung berechnet oder das Geschwätz eines alten, stumpf gewordenen Mannes. Das Ende des Kulturkampfs bedeutet das Ende des Zentrums. Darum das Diplomatisiren und Hinhalten gegenüber den Massen, das Opponiren und wieder Schmeicheln gegenüber der Regierung. Die römische Klerisei fühlt sich schwach, und darum greift sie nach einer Stütze, dem Staat; die Bourgeoisie fühlt sich schwach, und sie greift nach Kirche und Staat. Der Staat fühlt sich aber auch schwach, und so stützt er sich wieder auf die Beiden. So sehen wir die heilige Dreieinigkeit, und zwar die wirkliche, greifbare, Thron, Altar und Geldsack sich umarmen und gegenseitig stützen. Alle drei suchen die Aufmerksamkeit der Massen von der Erde auf den Himmel zu lenken.

Es ist das alte Entsagungslied,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Aber der Himmel hat seine Wunderkraft verloren, und er gewinnt nicht dadurch, daß man die Pfaffen überall in's Spiel zieht. Bei Fahnenweihen halten sie die Weihereden und müssen den „Segen" spenden, bei patriotischen Festen sind sie die Festredner, in weltliche Vereine und Gesellschaften schmuggelt man sie als Mitglieder und Vortragende ein. So sieht man heute den Schwarzrock in Kreisen, wo vor anderthalb Jahrzehnten das Wort „Pfaff" die verächtlichste Bedeutung hatte.

Alles schon dagewesen, und es hat doch nichts genützt. Das alte Spiel, aber diesmal ist's das letzte.

Als die große französische Revolution nahte und ihr Odem sich ankündigte, wurde die früher so liederliche und religions-gleichgültige französische Aristokratie solid und fromm. Sie warf sich der Mystik in die Arme, der Mesmerismus blühte, und Cagliostro trieb seine Schwindeleien.

Vor Achtundvierzig war es ganz ähnlich. Am preußischen Königshof und bei der Aristokratie kam die mittelalterliche Romantik und der Mystizismus in Schwang und ward um so üppiger, je näher die Katastrophe kam.

Heute leben wir in der dritten und letzten Periode. Schon säuselts und pfeift's in den Lüften, während scheinbar unten noch tiefe Ruhe herrscht. Die oben auf der gesellschaftlichen Pyramide stehen, sehen weiter und merken eher was kommt, als jene unten. So wird die einst atheistisch und materialistisch gesinnte Bourgeoisie, die, wie das kommunistische Manifest so ausgezeichnet sagt, „alle alten religiösen, politischen und sozialen Vorurtheile untergraben und über den Haufen geworfen hat", wieder fromm. Sie läuft in die Kirche, betet und opfert. Und der Mystizismus stellt sich in der Form des Spiritismus wieder ein und findet oben seine zahlreichsten Gläubigen. „Junge Huren, alte Betschwestern."

Aber die Buße rettet sie nicht.

Es kommt das jüngste Gericht, wo die Schafe von den Böcken geschieden werden. Und dann werden die niedergetretenen und ausgesogenen Völker Europas sich erheben, werden sich die Hände reichen und werden statt der Psalmen und Litaneien die neue Marseillaise anstimmen und Jubelrufe ausstoßen, daß die Herrschenden ringsum entsetzt von ihren Sesseln springen und sich in die entferntesten Enden der Welt verkriechen. Und dann wird man einen großen Scheiterhaufen errichten, darauf das alte Gerümpel der alten Gesellschaft verbrennen und darnach einen Bau für die neue Gesellschaft aufführen, in dem es weder Throne noch Altare, noch Geldsäcke gibt, wohl aber freie, gleiche, glückliche Menschen.

Konstantin.

Oesterreichische Justiz.

Wie man in der gepriesenen Habsburger Monarchie mit dem Recht und den Staatsverträgen umzuspringen weiß, dafür liefert der „Fall Belli und Genosse" ein recht eklatantes Beispiel!

Am 17. September letzten Jahres wurden auf der auf schweizerischem Boden (Kanton St. Gallen) liegenden österreichischen Zollstation St. Margarethen die Genossen Belli und Bluch von österreichischen Zollbeamten wegen versuchten Einschmuggelns verbotener Druckschriften verhaftet und unter Mitwirkung eines schweizerischen Landjägers über die Grenze nach Oesterreich geschafft. In dem österreichischen Dorfe Höchst wurden die beiden Malefikanten in einem Raume untergebracht, der ein angenehmer Aufenthalt für manch' „kreuchendes Gethier" sein mag, nicht aber für Menschen. Es war eben weiter nichts als ein dunkler feuchter Keller und keinenfalls ein Aufenthalt für Männer, deren einziges „Verbrechen" darin besteht, einer Weltanschauung zu huldigen, die der herrschenden Gesellschaft nicht genehm ist.

Tags darauf führte man die beiden Genossen, gleich gemeinen Verbrechern gefesselt, nach Feldkirch in das Kreisgefängniß. Im ersten Verhöre, welches denn auch recht bald — nämlich am fünften Tage — stattfand, machte Belli darauf aufmerksam, daß eine Verhaftung auf schweizerischem Gebiete wohl schwerlich zulässig sei, worauf der Untersuchungsrichter erwiderte: Ja, dies ist kein Beschwerdegrund, denn die Schweiz hat Sie ja ausgeliefert! Auf Belli's Erwiderung, daß die Schweiz wegen politischer Vergehen doch nicht ausliefere, erklärte der scharfsinnige Jurist: „er kenne die schweizerischen Gesetze nicht!"

Belli schrieb seiner in Zürich sich befindenden Frau den Thatbestand der Verhaftung mit dem Bemerken, sie möchte die Sache zur Kenntniß der schweizerischen Behörden bringen, um an kompetenter Stelle einen Entscheid über die Berechtigung der Haftnahme herbeizuführen. Der Brief wurde aber von dem Untersuchungsrichter einfach zurückgehalten. Auf die spätere Bitte Belli's, man möchte ihm doch den Sachverhalt an seine Frau berichten lassen behufs Weiterbeförderung, hatte der Biedermann von Untersuchungsrichter die unverfrorene Antwort: Sie haben ja schon geschrieben! — während der Brief noch in seinem Pulte lag. Aeußerst nett, nicht wahr? Daran reiht sich die für einen Juristen äußerst geistreiche Bemerkung: „Die Schweizer werden sich um Sie als Deutschen nicht viel kümmern! Uebrigens sei dem, wie ihm wolle, Sie sind einmal hier und herausgegeben werden Sie nimmer!" Famos! Demnach können also die österreichischen Grenzbeamten unbedenklich die Staatsverträge und Gesetzesbestimmungen verletzen, der Billigung ihrer Behörden sind sie sicher. Der Zweck heiligt eben die Mittel. Nicht umsonst residiren die Epigonen dieses Grundsatzes in Feldkirch!

Unterdessen waren die schweizerischen Behörden auf den Fall aufmerksam geworden, verfügten die Entlassung des Landjägers, der bei der Verhaftung mitgewirkt, und verlangten durch die Gesandtschaft in Wien die Freigabe der Verhafteten, welche aber nicht erfolgte, vielmehr wurden die Verhandlungen anscheinend erst recht in die Länge gezogen. Wenigstens wurden endlich die Briefe des Belli in die Schweiz geschickt, nicht aber ohne eine nochmalige Verzögerung von 8 Tagen. Die Verhafteten wurden indeß über die schwebenden Verhandlungen absichtlich in Unwissenheit gehalten; erst unmittelbar vor der Verhandlung ward Belli mitgetheilt, daß zwischen der Schweiz und Oesterreich Verhandlungen gepflogen werden, daß die Verhaftung allerdings eine ungesetzliche sei, dies jedoch den Feldkirchner Gerichtshof jedoch nichts angehe. Nach dreimonatlicher Untersuchung wurde nun wegen versuchter Einschmuggelung verbotener Druckschriften Anklage erhoben. Als Belli Beschwerde erheben wollte wegen ungesetzlicher Verhaftung, bedeutete man ihm, die Sache sei „nicht politisch" und das Verfahren ein mildes, da er ja nicht wegen seiner sozialistischen Ideen verfolgt werde!

Also während drei Monaten schrieb man nach allen Windrichtungen (wie nämlich aus den Akten ersichtlich war), um Material gegen Belli in die Hände zu bekommen, als es aber trotz alledem nicht möglich war, demselben eine Agitation in Oesterreich nachzuweisen, da war die Sache „nicht politisch" und das Verfahren ein „mildes"! Wahrscheinlich, um auch den Schweizern gegenüber die Haftthaltung motiviren zu können.

Belli wurde also „nicht politisch" zu drei Wochen, Bluch zu zehn Tagen Gefängniß verurtheilt. Da nun nach dem Staatsvertrag für eine auf schweizerischem Boden verübte Handlung keine Anklage aufrecht erhalten werden konnte, mußte ein am Abend des 16. September in St. Gallen an „Bluch in Lustenau" aufgegebenes Telegramm ohne Unterschrift die Anklage begründen, indem dadurch ein Theil der Handlung auf österreichisches Gebiet verpflanzt worden sei! Zweck und Absender des Tegrammes konnten nicht ermittelt werden, da das Telegraphenamt jede Auskunft verweigerte. Belli konnte dasselbe nicht aufgegeben haben, da er erst am Morgen des 17. Sept. von Zürich weggefahren war. Der Gerichtshof aber „nahm an", das Telegramm sei von Belli, undauf diese ganz unerwiesene Thatsache erfolgte dann die Verurtheilung. Der Staatsanwalt beantragte in Anbetracht der ungewöhnlich langen Untersuchungshaft mildernde Umstände, was auch zur Folge hatte, daß bei Belli ganze acht Tage unter dem Strafmaximum erkannt wurde. Also über drei Monate Untersuchungshaft und dann drei Wochen Haft, welch' letztere überdies auch noch abgesessen werden mußten!

Zur Illustrirung des „nichtpolitischen" Charakters der Sache mögen auch die aus allen Ecken gesammelten Spitzelberichte dienen, die man bei der Verhandlung gleichsam zur Parade aufmarschiren ließ. Nach denselben ist Belli ein seit Jahren äußerst gefährlicher sozialistischer Agitator, ein steckbrieflich verfolgter, bald den Bodensee durchrudernder, bald im Lande sozialistische Schriften zerlegender, verpackender und versendender Ueberall und Nirgends! Wen gruselt's da nicht? Ja, sein seit Jahren in Amerika sich befindender Bruder sei auch ein Sozialist, und zu dem Bürgermeister seiner Heimathgemeinde (bei Offenburg) soll Belli auch schon vor 10 Jahren einmal gesagt haben: Die Sozialisten siegen doch noch! (Hu! hu!)

Bei der Verhandlung war auch öfter von Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Staate die Rede. Was verstehen denn die Herren unter Ruhe und Ordnung? Die österreichischen Gefängnisse sind (wir sprechen aus Erfahrung) voll von Leuten, die mit den Begriffen von Mein und und Dein auf gespanntem Fuße stehen, mit dem Messer sehr gut umzugehen wissen, das Leben ihrer Mitmenschen gering achten, den Bettel als ihr geheiligtes Privilegium betrachten, in ihrer Unwissenheit und Rohheit keine blasse Ahnung von Sozialismus besitzen, trotzdem aber oder gerade deshalb den Reichen und der Obrigkeit lieber heute als morgen den Kragen umdrehen möchten und diesen Ideen in Reden Ausdruck verleihen, über welche jeder halbwegs denkende Mensch sich entsetzt!

Ist da „Ruhe und Ordnung im Staat," wo solche Zustände herschen? Freilich, mag das arme, unwissende und dem Schnaps sich ergebende Volk sich auch zerfleischen, die Herren wissen doch, daß ein derart vom Denken abgekommenes Volk sich nie zum Bewußtsein seiner Rechte und seiner Menschenwürde erheben wird, und daß sie deshalb um so ungestörter herrschen und sich von der Ausbeutung des Volkes und vom Raube an demselben mästen können. Hand auf's Herz, Ihr Herren! Wo trefft Ihr unter wirklichen Sozialisten eine solche Bestialität und Unwissenheit?! Und was haben erst die intelligenten Glieder dieser Gefängnißbevölkerung für Ansichten! Da hört man unverholen die Ansicht, jeder sei ein Dummkopf, der nicht seine Erfahrung und Intelligenz zum Schwindel, Betrug und Uebervortheilung seines Nächsten benütze; die Großen machen es ja auch so! Auch der Mord sei schließlich nicht schlimmer als die Kriege der Fürsten! Und was kann dieser Argumentirung anderes entgegengehalten werden als unsere Grundsätze. Ziehen diese verkommenen Subjekte nicht nur die Konsequenzen der ihnen von der herrschenden Klasse gegebenen Beispiele? Die Männer aber, die solche Auswüchse und deren Ursachen beseitigen wollen, verfolgt ihr und behandelt sie gleich Verbrechern! O Ihr seid klug und weise!

Und dann tritt noch irgend ein bornirter Handlanger Eurer Justiz auf und behauptet, wie der biedere Wachtmeister von Dornbirn in seinem Rapport über Bluch, die Sozialisten seien eine „Brut", während er in demselben Aktenstück die Tüchtigkeit und Solidität des Bluch anerkennen mußte. Wo steckt da die Logik, Herr Wachtmeister? Dem Bluch wurde auch vorgehalten, daß er verschiedenen Arbeitervereinen in Oesterreich angehört habe. Was diese Vereine für Zwecke verfolgen, sei ja „zur Genüge bekannt." Bluch hat es aber gerade diesen Vereinen zu verdanken, daß er überhaupt lesen und schreiben lernte, wie auch Schreiber dieses während seiner Wanderjahre in Oesterreich die Erfahrung machte, daß viele der Söhne Austria's erst in diesen Vereinen sich die elementarsten Bildung aneignen mußten. Wie schlimm es in Oesterreich steht in diesem Fach, beweist auch der Umstand, daß über die Hälfte der Gefangenen in Feldkirch weder lesen noch schreiben konnten! Weil nun die Arbeitervereine nachzuholen streben, was der Staat versäumt, deshalb sollen sie staatsgefährlich sein! Seid doch offen, Ihr Herren, und erklärt einfach, daß Bildung und Aufklärung Euch nicht passen. Das dürfte der Wahrheit wohl eher entsprechen!

Das Beste aber kommt noch. Bluch hatte die besten Zeugnisse, seine Ausweisschriften waren in Ordnung, er war mit Geld versehen und hatte mit seinem früheren Arbeitgeber eine nicht unerhebliche Rechnung betreffs Arbeitsleistung noch auszugleichen. Trotzalledem wollte man ihn ohne Weiteres in seine Heimath nach Kärnthen abschieben, während ein gleichzeitig mit ihm entlassener Dieb und Raufbold ohne Umstände seiner Wege gehen durfte. Auf Bluch's Bemerkung, woraufhin man ihn denn abschieben könne, mußte er die Aeußerung hören: Ja, diese Rothen sind gerade die Gefährlichsten! Auf seinen Protest nahm man Umgang von dem Schub, nicht aber ohne ihn mit einer gebundenen Marschroute zu versehen, unter dem Vermerk, daß er in 14 Tagen in seiner Heimath sein müsse und an der Grenze in Vorarlberg nicht mehr arbeiten dürfe. Wer lacht da nicht? Ist es mit dem Bestand der österreichischen Monarchie wirklich so schlecht bestellt, daß ein an der Grenze sich aufhaltender armer Arbeiter ihren Bestand gefährdet? Uns kann's recht sein!

Aber die Sache hat auch ihre ernste Seite. Bluch ist Sticker und kann in seiner Branche nur in Vorarlberg oder der benachbarten Schweiz Arbeit finden, wo dieser Industriezweig zu Hause ist. Er ist also von den Behörden seines Vaterlandes direkt in seinem ehrlichen Fortkommen geschädigt!

Für solch' niederträchtige Handlungsweise fehlen uns die Worte zur genügenden Charakterisirung. Uns beherrscht dabei nur ein Gefühl, das des tiefsten Ekels.

Zum Schluß noch Einiges über die Zustände im Gefängniß zu Feldkirch. In engen, dumpfen Zellen, deren Raum für eine Person berechnet ist, werden zwei, drei und oft noch mehr Personen untergebracht. In der Zelle befindet sich weder Bank noch Tisch, oder was dem ähnlich wäre. Strafgefangene kommen im Sommer wöchentlich eine

Stunde in's Freie, und dies nur, wenn es dem Kerkermeister gerade gut paßt. Untersuchungsgefangene kommen gar nicht und im Winter überhaupt Niemand in's Freie. Wie solche Behandlung auf die Gesundheit wirken muß, läßt sich denken. Das Lotteriespielen aber ist unbedingt gestattet. Warum auch nicht? Hat doch der Staat sein Profitchen dabei!

Untersuchungsgefangene und Sträflinge, Vagabunden, Diebe, Mörder, Betrüger und die politischen Gefangenen sperrt man ohne Unterschied zusammen. Warum sich auch mit der Klassifikation der Gefangenen viel Mühe machen?

So respektirt man also die Staatsverträge, so verfährt man mit Männern, die nichts verbrochen haben, als daß sie die Volksaufklärung auf ihren Schild erheben, die Schlechtigkeit und das Elend zu beseitigen suchen und menschenwürdige Zustände herbeiführen möchten, die jedermann zur Arbeit verhelfen wollen, die dafür eintreten, daß, wer arbeitet, auch zu leben habe, daß unsere Kinder guterzogen werden und unsere Greise nicht mehr betteln gehen!

Euch Arbeiter Oesterreichs aber fordern wir auf, Euch um so fester zusammenzuschließen, je mehr man Euch verfolgt und je brutaler man gegen Euch vorgeht. Vergeßt allen Hader, seid einig, um diesem korrupten System, das längst dem Bankrott verfallen ist, recht bald ein Ende zu bereiten, damit endlich bessere Zustände Platz greifen können. B.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 14. Februar 1883.

— Aus dem deutschen Reichstag. Aus Berlin, 8. Februar, schreibt man uns: Im „Parlament" gab es zur Abwechslung gestern wieder einmal „sozialdemokratische Bemerkungen". So belieben nämlich die Herren, welche den Reichstag als ihre Domäne und unsere Parteigenossen als Eindringlinge betrachten, diejenigen Reden unserer Genossen zu nennen, welche sich um den Etat drehen, da sie annehmen, daß derselbe uns „nichts anginge"! Bei den einmaligen Ausgaben für das Reichsamt des Innern ergriff Genosse Grillenberger das Wort, um das skandalöse Verbot des Nürnberger Notizkalenders und die Art und Weise, wie die sogenannte „Reichskommission" die eingereichten Beschwerden zu behandeln pflegt, ins richtige Licht zu setzen. Er setzte dabei den Hebel bei der finanziellen Seite der Frage ein und rechnete in drastischer Weise den „Arbeitslohn" der Herren aus, welche die Aufgabe haben, sozialdemokratische Beschwerden abzuweisen. Denn etwas Anderes macht ja die saubere Gesellschaft — welche nach den Aeußerungen des Regierungskommissars Weymann „nur Gott und ihrem Gewissen verantwortlich" ist (ein nettes „Gewissen"!) — doch nicht.

Für diese Kommission ist die horrende Summe von 18,750 Mk. pro Jahr eingesetzt. Nun fällt es ja, außer bei ganz groben Verfassungsverletzungen oder sehr schwerer Vermögensschädigung, wie sie namentlich im Nürnberger Fall vorliegt, keinem vernünftigen Menschen mehr ein, gegen ein Vereins-, Flugblatt- oder ähnliches Verbot noch eine Beschwerde bei dieser Kommission einzureichen, da man von vornherein weiß, daß alle solche Beschwerden, zumeist noch mit ganz unverschämter, beleidigender „Motivirung" abgewiesen werden. Die Herren, fünf Stück an Zahl, haben daher das Jahr hindurch höchstens acht Tage „Arbeit", was bei solcher Bezahlung, und da für Fuhrkosten" und sonstige sachliche Ausgaben fast nichts aufgewendet zu werden braucht, einen Taglohn von 470 Mk. oder bei 10stündiger täglicher Arbeitszeit (die aber wohl kaum eingehalten werden wird) einen „Lohn" von 47 Mk. pro Stunde darstellt! Grillenberger beantragte daher den Betrag von 18,750 Mk. auf 750 Mk. zu reduziren, da die Kommission für ihre, nebenbei noch durchaus nachlässige, Arbeisleistung nicht mehr verdiene und bei einer solchen Normirung immer noch der ganz anständige Taglohn von 20 Mk. pro Kopf herauskomme, was um so mehr genügend sei, als ja diese Angehörigen der modernen Sternkammer ohnehin allesammt noch in anderen Aemtern angestellt sind und daher das Bischen Beschwerdeabweisen eigentlich ganz umsonst machen könnten.

Für den Ausdruck „nachlässige Arbeitsleistung" erhielt der Redner einen Ordnungsruf von dem Präsidenten. Sehr richtig verwies Grillenberger darauf, daß, wenn die Polizei das Recht der provisorischen Beschlagnahme habe und dem Beschwerdeführer nur eine achttägige Frist zur Anbringung seiner Beschwerde gelassen sei, auch diese Kommission angewiesen werden müsse, die Beschwerden stets sofort zu erledigen, und sie nicht Monate, ja halbe Jahre lang herumzuziehen und dadurch die betroffenen Geschäfte an Kredit und Erwerb schwer zu schädigen. Einigen Eindruck machte es doch auf das „hohe Haus", als Grillenberger auf den verdächtigen Zusammenhang dieses Verbots mit seiner Belagerungsrede verwies und offen erklärte, daß derselbe nichts weiter als ein ganz gewöhnlicher Racheakt der Berliner Polizei und ihrer Hintermänner sei.

Das hinderte aber die Mehrheit natürlich nicht, trotzdem für die Bewilligung der Regierungsforderung zu stimmen; für den Antrag Grillenbergers stimmten außer unseren Genossen nur die Volkspartei und die Fortschrittler. Letztere mit Ausnahme des Herrn Günther (Berlin), der bekanntlich in Nürnberg gegen Grillenberger unterlegen ist und auf diese Weise seinem alten Groll Luft machen wollte.

Dem Demokraten Schott, welcher sich zum Wort gemeldet hatte, wurde dasselbe durch Debatteschluß abgeschnitten. Natürlich, die Debatte war ja fast dem ganzen Hause sehr unangenehm, und der Herr Regierungsvertreter wußte weder auf den schweren Vorwurf, daß das Verbot ein Akt der Rache sei, noch auf den der unerhörtesten Verschleppung auch nur ein Wort zu entgegnen. Auch den Vorwurf, daß die meisten Erlasse der Kommission in einem groben, „an Ungezogenheit streifenden" Ton abgefaßt seien, steckte die Gesellschaft ruhig ein. Der „kensche" Puttkamer war, wie immer, wenn sichs um solche Angelegenheiten handelt, nicht anwesend, um kurz nach Erledigung der Sache plötzlich aufzutauchen.

Ein Konflikt in Sicht! Ein Konflikt, natürlich mit dem Reichskanzler und in der Etatsperiodenfrage. Der Herr Reichskanzler wünscht bekanntlich das ohnehin schon arg beschnittene Budgerecht des diätenlosen und beinahe auch rechtlosen, jedenfalls sehr recht- (und macht-)armen Reichstags noch mehr zu beschneiden und auf ein lächerliches Restchen zu reduziren, indem er die sogenannten zweijährigen Etatsperioden einführen, d. h. den Reichstag statt alle Jahre, blos alle zwei Jahre zu einer wirklichen Session zusammentreten lassen will. Das wird zwar geleugnet (nach dem Grundsatz der politischen Heuchelei) und steif und fest versichert, es handle sich blos um eine reine Formalität, um eine Maßregel zur besseren Vertheilung der parlamentarischen Arbeiten und zur Entlastung des Reichstages, und Niemand denke daran, die verfassungsmäßigen jährlichen Sessionen abschaffen zu wollen, allein man kennt ja die Zärtlichkeit des Herrn Reichskanzlers für den Parlamentarismus im Allgemeinen und den widerspänstigen Reichstag im Besonderen, und was würden die jährlichen Sessionen, falls sie Spaßeshalber bestehen blieben, noch zu bedeuten haben, wenn das Budget (der Etat, wie es in preußischem Reichsdeutsch heißt) nur alle zwei Jahre festzustellen wäre?

Wie man weiß, ist der Versuch, die zweijährigen Budgetperioden auf dem geraden Wege der Gesetzgebung und der Verfassungsänderung (durch die famose „Klinke der Gesetzgebung") einzuführen, abgeblitzt, und da soll es denn nun mit dem ungeraden Wege probirt werden. Als der Reichtag Ende November v. J. nach den „großen Ferien" wieder zusammentrat, fanden die Herren Reichsboten unter ihren Akten statt eines Etats deren zwei — außer dem Etat für das folgende Etatsjahr 1883/84 den für das Etatsjahr 1884/85. Bei Beginn der Etatsberathungen wurde nun allerdings das corpus delicti durch ein parlamentarisches Manöver zur Thüre hinausgeworfen, und die liberalen Reichsboten glaubten bereits, über alle Berge zu sein — da ist das corpus delicti gestern urplötzlich zum Fenster hineingeworfen worden. Es war mehr als eine Ueberraschung — es war eine Ueberrumpelung. Und das ging so zu. Am Schluß der Sitzung, als Niemand dachte, kündigte der Präsident ganz unschuldig an, er werde für die nächste Sitzung den Etat von 1884/85 auf die Tagesordnung setzen. Auf der Rechten, die, in das Geheimniß eingeweiht, sich fast vollzählig eingestellt hatte, verständnißvolles Lächeln, auf der Linken, die zu zwei Drittheilen fehlte, komische Verblüfftheit. „Aber das geht ja nicht!" stammelt Herr Rickert. „Wir haben ja die Berathung schon abgelehnt." Hilft nichts. Herr Windthorst, der seine Gründe hat, mit der Regierung zu kokettiren, meint: Die Vorlegung des Etats sei keineswegs verfassungswidrig, man müsse ihn kapitelweise ablehnen." Die Rechte hatte die Mehrheit, die Linke mußte sich fügen, und der Etat für das Jahr 1884/85 wurde auf die Tagesordnung gesetzt. Zwar wurde kein „Loch in die Verfassung" gemacht, aber doch ein Riß, in welchen das dünne Ende des Keils eingeklemmt werden kann.

Was thun? Das Gescheidteste wäre gewesen, die Linke hätte beschlossen, den Saal zu verlassen, sobald der Etat für 1884/85 zur Diskussion gestellt werde. Dann wäre das Haus beschlußfähig, und die Absicht der Regierung war auf's Wirksamste vereitelt. Doch so „radikale" Mittel sind nicht nach dem Geschmocke der Fortschrittspartei und sonstigen Liberalen. Man beschloß, die Dinge an sich herankommen zu lassen und abzuwarten, was die Rechte thun würde.

Den 9. Februar.

Im entscheidenden Moment erhoben sich heute erst Herr Windthorst und hierauf Herr von Kardorf und erklärten im Namen ihrer Fraktionen (Zentrum und Freikonservative), sie würden jede Position des Etats für 1884/85 ablehnen. Herr von Minnigerode dagegen, der Führer und das Schreckenskind der Deutschkonservativen, erklärte kühn, sammt seiner Gefolgschaft für die Positionen stimmen zu wollen. Hätte Herr Minnigerode jetzt das Zeug gehabt, so würde er zu jeder Position eine Rede gehalten und sich dadurch an der Linken für alle erlittenen Unbilden grausam gerächt haben, aber das traurige Bürschchen klappte zusammen und hatte schließlich nicht einmal mehr den Muth, zur Abstimmung aufzustehen.

So ist denn der „Konflikt" vorläufig im Sande verlaufen. Der Einzige, der dabei zu Schaden gekommen, ist der Präsident, welcher eine Viertelstunde lang sämmtliche Positionen des fraglichen Etats herunterlesen mußte und davon fast heiser geworden ist. Indeß aufgeschoben ist nicht aufgehoben — der „Konflikt" wird zu geeigneter Zeit wieder „in Sicht" erscheinen.

Aus der heutigen Sitzung ist nur noch eine Rede des „großen Schweigers" zu Gunsten eines Militärkasinos und ein Geschäftsordnungsantrag Kayser's, die Wahlprüfungen noch vor der Vertagung erledigen zu lassen. Der Antrag Kayser's fand keine Unterstützung — sämmtliche andere Parteien haben ein gemeinsames Interesse, die heikle Materie möglichst in die Länge zu ziehen — und der „große Schweiger", der seinen Namen leider sehr schlecht verdient, schwätzte Blech, was ihm schon öfters passirt ist."

Soweit unser Korrespondent. Nachtragen wollen wir noch, daß am 5. Januar Genosse Hasenclever beim Etat des Reichsamt des Innern mit dem Reichssekretär für das Auswanderungswesen scharf in's Gericht ging und die Auswanderungsverlockungen nach Honolulu gebührend kennzeichnete.

— Politische Heuchelei. Die deutsche Presse, und diesmal ganz besonders die liberal-fortschrittliche, thut ganz entrüstet darüber, daß die französische Republik heute einen Mann zum Kriegsminister hat — beiläufig den ersten wirklich republikanischen — der 1870 deutscher Kriegsgefangener auf Ehrenwort war, und dieses Ehrenwort gebrochen hat, um für die Republik weiter kämpfen zu können. Wir schwärmen nun keineswegs für die gegenwärtige Majorität der französischen Kammer, noch für die politischen Einrichtungen der dritten Republik, haben also absolut keinen Grund, uns sonderlich für Herrn Thibaudin zu erwärmen; aber dieses tugendhafte Geschrei wegen des gebrochenen Ehrenwortes können wir doch nicht unbeantwortet lassen.

Zu welchem Zweck hat Herr Thibaudin sein Ehrenwort gebrochen? Etwa im persönlichen Interesse? Nein! Der Mann ist entflohen, um sein Vaterland vom Feinde, der es besetzt hielt, zu befreien, um sein Leben auf's Neue in die Schanze zu schlagen. Er stellte die Sache, der er diente, über sein persönliches Interesse. Und, man bedenke, daß er, als er sein Ehrenwort abgab, nicht frei war, sondern sich in einer Zwangslage befand.

Das Ehrenwort ist nur eine andere Form für den Eid, es soll diesen gewissermaßen ersetzen. Was ist nun eine unter solchen Umständen erfolgte Verletzung des Ehrenwortes gegen einen nur im persönlichen, dynastischen, bezw. Herrschaftsinteresse erfolgten Eidbruch? Der Entscheid kann da nicht schwer sein. Und wenn der servile deutsche Liberalismus über den französischen Republikaner zetert, dann müssen wir immer und immer wieder darauf hinweisen, daß es Deutschland ist, wo der Meineid regiert, geficert und verherrlicht wird.

Wer hat die preußische Verfassung beschworen, wer geschworen, sie aufrechtzuerhalten, „so wahr mir Gott helfe"? König Wilhelm, Bismarck und der ganze Beamtentroß. Wer hat diese Verfassung mit Füßen getreten, wer entgegen dem Geldbewilligungsrecht der Volksvertretung das Geld genommen, wo er es fand? Bismarck, im Auftrage Wilhelms. Gegen wen rief einst Professor Gneist öffentlich aus, daß seine Politik das Kainszeichen des Eidbruchs an der Stirne trage? Gegen Bismarck, der im Einverständniß mit seinem „allerhöchsten Herrn und König" handelte. Wer hat den Artikel 4 der preußischen Verfassung „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt" beschworen? König Wilhelm, Bismarck und die ganze preußische Beamtenschaft. Wer tritt diesen Artikel täglich mit Füßen durch Vollziehung des infamen Ausnahmegesetzes, wer steht an der Spitze des mit der Verfassung in direktem Gegensatz stehenden militärischen „Ehrengerichts", unter wessen Leitung und Gutheißung werden, wie in den letzten Reichstagsverhandlungen zynisch zugestanden wurde, diese Standesvorrechte in der Kammer geradezu gezüchtet? Antwort, Ihr Herren Liberalen! Wer hat 1864 mit seinem „lieben Bruder" Franz Joseph Waffenbrüderschaft geschlossen und gleich darauf die „Stoß ins Herz-Depesche" gegen denselben veranlaßt? Wer hat die ungarischen Soldaten **zum Bruch des Fahneneides** veranlassen wollen? Bismarck, im Einverständniß mit Wilhelm. O, Ihr tugendhaften deutschen Catone, die Ihr jetzt mit so großem Behagen aus Büsch'chens Memoiren den Ausspruch Bismarcks wiederholt: „Wenn man solche Schurken, die ihr Wort gegeben haben, wiederkriegt, so sollte man sie hängen in ihren rothen Hosen und auf das eine Bein parjure (meineidig), auf das andere infame schreiben," Eure Entrüstung ist faul, Ihr habt die Eid- und Ehrenwortsverletzer näher sitzen. Fangt da an, wenn Ihr Muth habt, Euer Schimpfen auf den Franzosen ist nichts als eitel politische Heuchelei!

— Zur Naturgeschichte des praktischen Christenthums. An den in unserem Leitartikel gekennzeichneten Agrariertag schloß sich der „Kongreß der Landwirthe", der natürlich aus denselben Elementen zusammengesetzt war. Rodbertus, der diese Sorte Menschen gründlich kennen gelernt hatte, nannte den Berliner „Klub der Landwirthe" in seinen Briefen nie anders als den Klub der Ignoranten, und diese Bezeichnung trifft auch für den Kongreß zu. Grauenhafteres Blech ist noch selten zu Tage gefördert worden, als von dieser erlauchten Krautjunkergesellschaft. Wie Dummheit aber stets mit Schlechtigkeit Hand in Hand geht, so auch hier. Das zeigte sich namentlich bei der Diskussion der „Vagabundenfrage". Als Referent fungirte Pastor Bodelschwingh, der Leiter der bereits früher von uns charakterisirten Kolonie Wilhelmsdorf. Und dieses „auf entschieden christlicher Grundlage" aufgebaute Musterinstitut, von welchem rundweg erklärt wird, daß „die Lohnsätze so niedrig bemessen sind, daß der Arbeiter sich nur dann bewogen fühlen kann, dort eine Zuflucht zu suchen, wenn er von allen Mitteln entblößt ist und es ihm schlechterdings nicht gelingen will, außerhalb desselben Arbeit zu finden" darin aufgenommen zu werden aber jeder Kolonist „als eine Wohlthat empfinden" soll, erfreute sich das — fast hätten wir gesagt, jauchzenden — grunzenden Beifalls der ganzen Gesellschaft.

Der Stein der Weisen war ja jetzt gefunden. Keine Unterstützungen mehr, nur noch Arbeitskolonien. In jeder Provinz, in jedem Kreise ein Wilhelmsdorf — das ist praktisches Christenthum.

Uns aber schreibt ein Genosse, der von der Frage wirklich etwas versteht, über dieses neue Universalheilmittel:

Also: „Jeder, der arbeiten will, bekommt in Wilhelmsdorf Arbeit." Damit wäre ja die soziale Frage thatsächlich gelöst. Schade nur, daß ähnlich wie bei den Grundrechten deutscher Verfassungen ein Nachsatz kommt, der das vorher Gesagte wieder aufhebt. Um zu verhindern, daß die Masse der Arbeitslosen, die arbeiten wollen, sich in die Wunderanstalt drängen, sind an die Thore dieses Paradieses verschiedene Engel mit flammendem Schwert, in Gestalt einer Anzahl von — praktisch-christlichen Bestimmungen, gestellt, welche Jedem, der „nicht von allen Mitteln entblößt ist", d. h. die äußerste Stufe des Elends erreicht hat, den Eintritt unmöglich machen. Das „praktische Christenthum" bezahlt nämlich entweder gar keinen Lohn oder einen Hundelohn, den der gemeinste Bourgeois seinen Arbeitern anzubieten sich schämen würde, und unterwirft die Unglücklichen, die ihm in die Hände fallen, einem wahren Gefängnißregime, sowohl was die Behandlung, als auch was die Ernährung betrifft.

Der durch die Bourgeoispresse tausende Reklamearikel sagt in dieser Beziehung schon genug, und noch mehr ist zwischen den Zeilen zu lesen. Und das etwa noch Fehlende wird durch die Berichte von Arbeitern ergänzt, welche das Pech gehabt, in der „Kolonie Wilhelmsdorf" Arbeit und Stillung des Hungers zu suchen. Genau und bei Lichte betrachtet, präsentirt sich die Wunderanstalt als ein alter Bekannter. Sie gleicht dem englischen Workhause wie ein Ei dem andern. Dieselbe heuchlerische Versicherung, Jedem Arbeit zu gewähren, der arbeiten will; dieselben Engel mit flammendem Schwert an den Pforten; dieselbe Unwürdigkeit und Unfruchtbarkeit der Arbeit; dieselbe Unwürdigkeit der Behandlung. Mit Einem Worte: Degradation der Arbeiter, statt Emanzipation der Arbeiter.

Und neben der Degradation die schamloseste Ausbeutung der Arbeiter!

Das ist die „Lösung der sozialen Frage" durch das „praktische Christenthum."

Der einzige Unterschied zwischen dem englischen Workhause, dieser „Bastille des armen Mannes" und der praktisch-christlichen Wunderanstalt Wilhelmsdorf ist der, daß die Wunderanstalt eine Privateinrichtung und vorläufig in einem einzigen Exemplar vorhanden ist, während das englische Workhouse Staats- oder Gemeindeinrichtung und in hunderten von Exemplaren über das ganze Land verbreitet ist."

Indeß auch dieser Unterschied löst sich in Nichts auf, wenn die einstimmig beschlossene Resolution zur Verwirklichung gelangt, in der das Zusammenwirken der Staatsregierung und der Organe der sogenannten Selbstverwaltung (Provinzen, Kreise, Gemeinden) gefordert wird, auf daß „die freie Liebesthätigkeit" — o christliche Liebe! — „unterstützt von den Provinzial-, bezw. Kreisverbänden, zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ländliche Arbeiterkolonien für größere Distrikte (Provinzen und Kreise) in's Leben ruft, in welchem eine sittlich-religiöse Einwirkung auf die Kolonisten möglich ist." Worauf es am Schlusse heißt: „Als ein nachahmungswerthes Beispiel für die Einrichtung der Punkt B erwähnten ländlichen Arbeiter-Kolonien empfiehlt die Versammlung die Ackerbau-Kolonie Wilhelmsdorf bei Bielefeld der Beachtung aller betheiligten Kreise!"

Die „Arbeitskolonie" über das ganze Land verbreitet, mit Stationen versehen, aus öffentlichen Mitteln unterstützt, Alles das ist schon längst im manchesterlichen England vorhanden und hat sich so vortrefflich bewährt, daß der englische Proletarier vor Entsetzen schauert, wenn man ihm vom „Workhouse" spricht.

Und somit läuft die Lösung der sozialen Frage durch das „praktische Christenthum" auf die verrufenste und brutalste Schöpfung des nackten Manchesterthums hinaus.

„An ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen!"

— Muckerlogik! Ein gottvolles Argument für die Nothwendigkeit der Sonntagsheiligung brachte am 30. Januar der konservative Professor Arnold aus Marburg im Reichstage vor: „Haben wir denn vergessen", meinte dieser fromme Mann, „daß der 2. Juni 1878 auch auf einen Sonntag fiel? Meine Herren, das mag Zufall sein (daß am 2. Juni 1878 Sonntag war?), aber es war doch wohl kein Zufall, daß man geglaubt hat, das, was an einem Werktage nicht gelungen sei, werde an einem Sonntage leichter gelingen."

Reizende Logik, in der That! Als ob nicht Nobiling, gerade weil es Sonntag war und er sonst nichts Besseres zu thun hatte, dem alten Wilhelm aufzulauern vermochte! Wäre anderseits Wilhelm am 2. Juli 1878 hübsch zu Hause geblieben und hätte fleißig „regiert", anstatt den Sonntag zu „heiligen" und auszufahren, so wäre ihm die intime Bekanntschaft mit Nobiling's Schrot auch wahrscheinlich erspart geblieben. Oder will der Herr Professor etwa ein Extragesetz erlassen: „Am Sonntag ist das Schießen auf Könige streng untersagt"?

Wenn die Leute verrückt werden, sagt der Berliner, dann werden sie es zunächst im Kopfe.

*

— Frankfurterliches. Am 29. Januar telegraphirte der leitende Geist der „Frankfurter Zeitung" aus dem Reichstage folgendermaßen an sein Blatt:

„Auch heute war die Volksvertretung nicht in der Geberlaune. Nur in ungewöhnlich langsamem Tempo rückte die Berathung über die einmaligen Ausgaben des Militäretats vor. Schritt vor Schritt wurde dem Kriegsminister das Terrain bestritten. Bei den Abstimmungen wurden außer den erheblichen Abstrichen der Kommission noch weitere 1,260,000 M. abgesetzt. Nur wenige Stimmen fehlten, und es wäre zu weiteren ansehnlichen Abstrichen gekommen. Wären nur die 7 fehlenden Sozialdemokraten anwesend gewesen, so würde das Abstimmungsresultat noch ein wesentlich günstigeres gewesen sein."

Die freundschaftliche Absicht dieses Telegramms springt in die Augen: die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen bei den Wählern diskreditirt werden, die 8100 Stimmen in Frankfurt waren gar zu bedenklich. Es ist nun aber bekannt, daß unsere Abgeordneten, die keine so üppige Geldquellen besitzen wie andere Leute, solange sich nicht verpflichten können, während der ganzen Dauer der Sessionen das theure Pflaster Berlins zu treten, als dem Reichstage nicht Diäten bewilligt werden, und um so weniger sich dazu genöthigt sehen, als sie bei der dritten, entscheidenden Lesung stets vollzählig am Platze sind und den ganzen Etat grundsätzlich ablehnen. Weil aber das Fehlen von 7 Sozialdemokraten so besonders hervorgehoben wurde, haben wir uns den Spaß gemacht und im Stenogramm nachgeschaut, wie es denn mit den anderen Parteien, vor Allem mit den Freunden der Frankfurterin selbst aussah. Am 29. Januar fand keine namentliche Abstimmung statt, dagegen konstatirte die Auszählung, daß

228 Mitglieder im Hause waren, d. h. ein wenig mehr als die Hälfte. Eine in der vorhergehenden Sitzung vorgenommene namentliche Abstimmung ergab aber, daß von Volksparteilern und „linken" Fortschrittlern allein vierzehn Abgeordnete fehlten, darunter 4, die ihren Wohnsitz in Berlin haben, nämlich Dr. Eberty, Eysoldt, Munkel und Philipps. Da die Gesammtzahl der Anwesenden der von Tags zuvor gleichkommt, nämlich 220, so ist nicht anzunehmen, daß über Nacht diese 14 Fortschrittler und Volksparteiler plötzlich angeflogen sind. Herr Sonnemann mag somit, ehe er andere Leute anklagt, zunächst vor der eigenen Thüre kehren.

— Aus Leipzig. Am 1. Februar starb hier an der Schwindsucht Ernst Künzel, einer unserer tüchtigsten Genossen. Ein Proletarierkind, hatte er in seiner Jugend solche Entbehrungen zu erleiden, daß er, als endlich „der Wolf Hunger" mit unsäglicher Mühe überwunden war, nicht mehr Kraft genug übrig hatte, fortzuleben. Wäre er „mit einem silbernen Löffel im Munde" geboren worden, hätte er sich als Kind und Jüngling satt essen können, er lebte heute, wäre gesund und eine Zierde der deutschen Schriftstellerwelt. Vor 10 Jahren, kaum 20 Jahre alt, trat er in unsere Reihen; von einem fast fieberhaften Wissensdrang beseelt, suchte er im Leipziger Arbeiterbildungsverein das nachzuholen, was die gerühmte „Volksschule" an ihm versäumt. Er zog durch seine schriftlichen Arbeiten in der deutschen Unterrichtsstunde die Aufmerksamkeit auf sich, erlernte die Stenographie, in der er es bald zur Meisterschaft brachte, lieferte Beiträge zur sozialdemokratischen Presse und arbeitete sich in wenigen Jahren so empor, daß ihm 1877 die Redaktion der hier erscheinenden „Fackel" übertragen werden konnte. Das niederträchtige Proskriptionsgesetz, genannt „Sozialistengesetz", vernichtete die Existenz Künzel's, wie so vieler anderer braven Parteigenossen. Es gelang ihm aber, sich neue Erwerbsquellen zu öffnen. In der Genossenschaftsbuchdruckerei fand er Beschäftigung, und als auch diese Schöpfung dem Schandgesetz und zahllosen Polizeichikanen zum Opfer fiel, gründete er, unter Verwerthung seiner vorzüglichen Leistungsfähigkeit als Stenograph und Berichterstatter, die „Reichsgerichtskorrespondenz", welche jede Konkurrenz besiegte und ihm ein vollauf genügendes Einkommen sicherte. Da ereilte den Dreißigjährigen der Tod: Sieger im Kampf um das Dasein, mußte der Proletarier im Moment des Siegs und an den Folgen des Siegs sterben. Eine Wittwe mit drei Kindern und alle Parteigenossen, die ihn gekannt, betrauern seinen Tod. Und wenn der Tag kommt, wo wir die Urheber und Mitschuldigen des Sozialistengesetzes für ihre Frevel verantwortlich machen werden, wird ihnen auch der Name Ernst Künzel's in die Ohren gellen.

— Versammlungen gegen die Arbeitsbücher finden noch immer statt. Besondere Erwähnung verdient, daß im Wahlkreise des Herrn Ackermann (Plauenscher Grund bei Dresden) Vollmar mehrere sehr gut besuchte Protestversammlungen abgehalten hat. Ebenso sprach Vollmar in einer sehr gut besuchten Versammlung in Dortmund. In Meerane und an anderen Orten hat es die Polizei indeß für gerathen gefunden, den Arbeitern selbst die Besprechung der Frage der Arbeitsbücher zu verbieten, in der weisen Erwägung, daß solche Versammlungen doch nur „kommunistischen, sozialistischen 2c. auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen. Ein Zeugniß, mit dem die Sozialdemokratie zufrieden sein kann, mit dem aber die Arbeiter sich nicht zufrieden zu geben brauchen.

— Die Ausweisungswuth scheint wieder einreißen zu wollen. In Hamburg hat Madai's Beispiel schnell Nachahmung gefunden. Genosse Gewand, Tischler, ist, weil er der Verbreitung sozialistischer Druckschriften „verdächtig" war, am 6. Februar ausgewiesen worden. Senat und Bürgerschaft sind, nachdem sie der Bevölkerung schnell noch die Last von 120 Millionen für den Zollanschlußkanal auferlegt, ruhig.

— Hurrah, ein neues Gewehr! Im Kriegsministerium in Berlin ist man, wie die „Weser-Zeitung" berichtet, bereits einig darüber, daß eine Umbewaffnung des deutschen Heeres stattzufinden hat; und zwar soll dasselbe jetzt mit Repetiergewehren ausgestattet werden. Jetzt kann das deutsche Volk wieder seinen Opfermuth für's Vaterland bekunden und verschiedene Millionen bewilligen. Dazu die Einziehung der Reserven zu Schießübungen und was sonst noch drum und dran hängt — da kann man wirklich mit Eugen Richter ausrufen: Herz, was verlangst Du noch mehr?

— Genosse Thieme in Chemnitz, der seinerzeit Herrn Stöcker, um nicht mit der Klaque dieses Herrn verwechselt zu werden, nicht mit Klatschen und Hochrufen, sondern mit Pfeifen begrüßte, wurde wegen „groben Unfugs" zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. — Klassenjustiz!

— Sozialistische Presse und Literatur. Unser Genosse A. Hepner gibt in Newyork eine „Deutsch-Amerikanische Arbeiter-Library" (Bibliothek) heraus, welche in Einzelheften zu 10 Cents (ca. 45 Pfg.) erscheint. Das erste Heft derselben enthält Bebel's „Unsere Ziele" und ist mit einem Bilde des Verfassers versehen. — Seit dem ersten Januar erscheint in Newyork nun auch ein tägliches sozialistisches Organ in englischer Sprache: „The Voice of labour" (Die Arbeiterstimme). Glück auf! — Die „Newyorker Volksztg." feierte am 28. Januar ihren fünfjährigen Bestand. Sie hat sich in dieser verhältnißmäßig kurzen Zeit zu einem der anerkannt hervorragendsten deutschen Zeitungsunternehmen Nordamerika's entwickelt und repräsentirt heute einen ganz bedeutenden Werth. Aber die Ueberschüsse, welche sie macht, fließen weder in die Taschen ihrer Leiter und Redakteure, noch ziehen die Aktionäre des Blattes, d. h. die Arbeiter, welche es vor fünf Jahren in's Leben riefen, persönlich Vortheil davon, dieselben werden vielmehr statutengemäß ausschließlich für technische Verbesserung des Blattes, sowie für Zwecke der Aufklärung und Agitation verwendet. Auf eine solche „Gründung" können unsere Genossen drüben stolz sein. — Aus Amerika erhalten wir ferner die erste Nummer des „Möbel-Arbeiter-Journals", Organ der Internationalen Möbelarbeiter-Union von Amerika. Dasselbe erscheint alle 2 Wochen. Wir wünschen ihm und der Sache, die es vertritt, bestes Gedeihen. — Ein uns aus Paris zugehendes Zirkular kündigt das Wiedererscheinen der „Egalité" vom 15. Februar ab an. Unseren besten Glückwunsch dem unermüdlichen Mitstreiter.

— Frankreich. Bei der Stichwahl im fünften Arrondissement siegte der Kandidat der „Sozialradikalen", Herr Bourneville. Die Arbeiterpartei verlor anscheinend an Stimmen; die Ursache ist, daß von gewisser Seite her der Anarchist Gautier aufgestellt wurde und Allemane, um keine Zersplitterung herbeizuführen, zu Gunsten Gautiers zurückrat. Die Zwecklosigkeit derartiger Experimentirerei hat sich auf's Evidenteste dokumentirt. Allemane, als Sozialist, war so gut ein Protestkandidat als Gautier. Hoffentlich wird diese Erfahrung bei der Wahl im 20. Arrondissement berücksichtigt.

Plon-Plon ist also freigesprochen, und das von den Kammern beschlossene, sehr zahme Prätendentengesetz vom Senat im Interesse der „Freiheit und Gleichheit" verworfen worden. Das kennzeichnet diese hohen Körperschaften, Senat und Richterstand, zur Genüge und zeigt, welcher Geist in diesen Kreisen heute noch herrscht. Daß die Fürsorge des Senats für die bürgerliche Freiheit eitel Flunkerei ist, bewies der Berichterstatter Allou, der sich in der Heuchelei bis zu dem Satz verstieg, daß die Republik die Kommunebewegung „mit dem gemeinen Recht, mit der gewöhnlichen Justiz" bekämpft habe! Die blutigen Massacres, die Füsilladen, die schreienden Verdikte der Kriegsgerichte „bürgerliches Recht" — kann man schamloser heucheln?

Einige aufrichtig demokratische Blätter in Deutschland haben sich, wie wir zu unserem Bedauern ersehen, von ihrem Abscheu gegen Ausnahmegesetze verleiten lassen, der Logik der „Frankfurter Zeitung" zuzustimmen und gleichfalls im Interesse der bürgerlichen Freiheit gegen die Prinzenausweisung Stellung zu nehmen. Sie vergessen dabei nur, daß die Prinzen eben keine Staatsbürger sind sondern gerade heute eine Ausnahmestellung einnehmen. Und die Behauptung, daß ein Prätendent im Auslande gefährlicher sei als im Inlande, wird durch die Thatsachen Lügen gestraft. Napoleon hätte seinen Staatsstreich vom Auslande her nie zu Stande gebracht.

Die französische Republik befindet sich zur Zeit den Prätendenten gegenüber im Stande der Nothwehr, und die „Justice" hat ganz Recht, wenn sie schreibt: Heut ist Frankreich nur nominell eine Republik, haben wir erst wirklich republikanische Einrichtungen, eine dezentralisirte Verwaltung, eine reorganisirte Justiz u. s. w., dann mögen die Prinzen kommen, sie werden dann in der That unschädlich sein. — Freilich, mit den wirklich republikanischen Einrichtungen ist es eine eigene Sache, und auch das Register der „Justice" hat da ein großes Loch: die französische Armeeorganisation ist nichts weniger als republikanisch.

— Irland. Wenn Spione und Polizeiagenten vollgültige Zeugen sind, so hätte die englische Regierung jetzt wirklich verschiedene der Theilnehmer an der Ermordung von Cavendish und Burke in der Hand, indeß geht aus den Berichten über den großen Monstreprozeß, der sich zur Zeit in Dublin abspielt, bis jetzt noch nicht hervor, daß die Aussagen der Kronzeugen auch auf Wahrheit beruhen. Möglich ist es ja immerhin, wenn man den kolossalen Polizeiapparat berücksichtigt, den die englische Regierung in Irland unterhält, und die nun einmal nicht zu leugnende Macht des Geldes. Für die irische Bewegung an sich ist übrigens der Prozeß ziemlich bedeutungslos; nicht derartige Attentate wie das obenerwähnte, machen ihre Stärke aus. Ueber den Prozeß selbst zu berichten, fehlt uns der Raum, wir behalten uns aber vor, nach seiner Beendigung ein gedrängtes Resume zu geben.

Korrespondenzen.

— **Erfurt,** 20. Januar. Fast klingt es wie ein Wundermärchen: in der urpreußischen Stadt Erfurt hat eine sozialdemokratische Arbeiterversammlung stattgefunden, ohne aufgelöst zu werden!

Auf den 10. Januar war eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Einführung der Arbeitsbücher für alle gewerblichen Arbeiter." Es hatten sich, berichten die hiesigen Zeitungen, 3—400 Arbeiter eingefunden, was auch so ziemlich der Wahrheit entspricht. Nachdem das Bureau gewählt war, eröffnete der Vorsitzende mit einigen erläuternden Bemerkungen die Versammlung und stellte die Tagesordnung zur Diskussion, worauf sich der Reichstagsabgeordnete Kayser zum Worte meldete. Es war für die große Mehrzahl der Anwesenden von geradezu verblüffender Wirkung und am meisten war der Polizeikommissär, dem man natürlich vorher nichts von Kayser's Herkunft erzählt hatte, verblüfft.

Genosse Kayser führte in 1¼-stündiger, klarer, gewandter und treffender, oft von stürmischer Heiterkeit und Beifall unterbrochener Rede ein recht drastisches Bild von dem „Segen" der Arbeitsbücher vor. Nachdem er sein Referat beendet, wurde eine energische Protestresolution einstimmig angenommen sowie beschlossen, Unterschriften zur Beförderung an den Reichstag zu senden. Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Gen. Kayser geschlossen.

Die hiesigen Lokalblätter haben sich über Verlauf und Haltung der Versammlung sehr anerkennend ausgesprochen. Die Petition hätte freilich eine größere Zahl von Unterschriften ergeben können. Wir haben innerhalb 8 Tagen ca. 1700 Unterschriften gesammelt.

Im Allgemeinen ist unsere hiesige Bewegung im besten Gange und gewinnen wir täglich mehr an Boden. Nur unsere Genossen des Landkreises Erfurt lassen fast nichts von sich hören. Hoffentlich wird dies anders, damit wir bei den nächsten Wahlen mehr Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigen als das letztemal. Genossen im Landkreise Erfurt und Umgegend, organisirt Euch! Nur durch die Organisation seid Ihr stark und widerstandsfähig. Solltet Ihr nicht Bescheid wissen, so stehen wir Euch gerne mit Rath und That, soweit unsere Kräfte reichen, zur Seite. Adressen könnt Ihr ja durch unser Parteiorgan erfahren.

Mit sozialdemokratischem Gruße! Lucius.

Schmidt Nachfolger und Genosse.

Vor einigen Tagen brachte der Stöcker'sche „Reichsbote", und aus diesem eine Anzahl schweizerischer sozialistenhetzerischer Blätter, einen Schimpfartikel gegen unsern Genossen Vollmar, der seine Spitze in gehässigster Form gegen unsere Partei kehrte. Dieser Schimpfartikel rührt eingestandenermaßen von Niemand Anderem her als von Herrn **Moses Oppenheimer**, den wir den Lesern hiermit als den würdigen Nachfolger des Spitzels Schmidt vorstellen.

Von dem Wunsche durchdrungen, das Parteiorgan möglichst von persönlichen Streitigkeiten freizuhalten, haben wir lange zu der skandalösen Aufführung dieses Herrn in Zürich geschwiegen, nunmehr aber halten wir es für unsere Pflicht, einen Menschen zu brandmarken, der nur zu lange sich als Mitglied unserer Partei aufspielen durfte.

Auf die Vorgeschichte des Herrn Oppenheimer, sein Verhalten in Stuttgart, Mannheim und Barmen lassen wir uns vorderhand nicht ein. Herr Oppenheimer kam im vorigen Sommer nach Zürich, um sich angeblich hier eine Existenz zu suchen. Nachgewiesene kaufmännische Arbeit wies er indeß ab, weil er Journalist spielen wollte. Inzwischen lebte er von einer Geldsumme (300 Mark), die ihm ein Fortschrittler, den er wegen Beleidigung verklagt hatte, gezahlt, damit er von der Klage zurücktrete. Seine Thätigkeit bestand fast ausschließlich darin, von Mittags an (Vormittags schlief der Herr) in der Wirthschaft des Herrn Obrist Karten 2c. zu spielen. In der Obrist'schen Kneipe verkehrte damals auch der Spitzel Schmidt. Vom ersten Tag der Ankunft Schmidt's an war Herr Obrist, bei dem damals fast nur Sozialisten verkehrten, und der sich selbst für einen Sozialisten deklarirte, vor Schmidt gewarnt worden. Nichts desto weniger hatte er geduldet, daß dieser Mensch tagaus, tagein in seiner Wirthschaft sich aufhielt, und ihm sogar schließlich, da Schmidt anfangs viel Geld hatte, ein Zimmer vermiethet. Daß verschiedene Genossen unter diesen Umständen das Obrist'sche Lokal mieden, wurde von Obrist und seinen Freunden sehr unliebsam vermerkt; und am Stammtisch, dessen Zierde Herr Schmidt war, wurde über den „Olymp" — die Zürcher Vertrauensmänner — kräftig hergezogen.

Immer wärmer nahm Herr Obrist den Schmidt unter seinen Schutz, anfangs als guten Kunden, später als Kneipschuldner. Als die „Arbeiterstimme" gegen Schmidt losschlug, gab Obrist ihm die Mittel an, das „Schandblatt" zu verklagen; als Obrist durch Verrath erfuhr, daß einige Genossen Herrn Schmidt persönlich züchtigen wollten, drohte er, Jeden, der diesem in seiner Wirthschaft zu nahe trete, mit dem Vetterligewehr niederzuschießen.

Schmidt's Kneipschuld wurde immer größer, die Arbeiter aber blieben schließlich ganz aus, so daß endlich Oppenheimer und Schmidt die einzigen Gäste Obrist's waren. Da endlich erfolgte, nicht im Interesse der Partei, sondern um ein Mittel gegen Schmidt, der einen fälligen Wechsel nicht zahlen konnte, zu haben, die Haussuchung bei diesem und die Entlarvung.

Und was war die erste Idee Moses Oppenheimers, als er die Briefe Weller's und Kaltenbach's vor sich sah? Ein Geschäft damit zu machen. Von ihm ging der Plan aus, die Briefe nach vorgenommener Abschrift an Kaltenbach zurückzuverkaufen. Die Mehrzahl der hiesigen Genossen aber wollten von solchem Handel nichts wissen. Vor allen Dingen waren sie der Ansicht, daß diese politischen Dokumente Niemand anders gehören als der Partei, die einzig und allein zu entscheiden habe, was mit ihnen geschehen solle. Obrist und Oppenheimer aber sträubten sich energisch, die Briefe — die natürlich nur im Original Werth haben — herauszugeben, und zwar ging der größere Widerstand von Moses Oppenheimer aus, der immer wieder der Partei gegenüber das juristische Eigenthumsrecht geltend machte. Nach langen und heftigen Verhandlungen kam endlich ein Vergleich zu Stande, nach welchem Obrist mehrere minderwerthige Briefe Kaltenbach's zu seinem „Experiment" überlassen wurden, denn Obrist hatte durch Schmidt materiellen Schaden erlitten, und Oppenheimer die Abfassung der Broschüre, worauf er bestand, überlassen wurde. Die Vertreter der Partei mußten den Beiden, die bis dahin sich zwar wenig parteigenössisch aber doch nicht direkt feindlich gegen die Partei benommen haben, diese Konzession machen, um wenigstens die wichtigsten Briefe für die Partei zu retten.

Hier ist auch der Ort, das „Verdienst" der Entlarvung Schmidts's in's rechte Licht zu stellen. Wenn Obrist das Interesse der Partei wahren wollte, dann hätte er Schmidt, der bei ihm wohnte, schon Monate lang früher entlarven können und müssen. Denn daß Schmidt am 15. November den Brief Kaltenbach's vom 14. November erhalten hatte und infolgedessen die ganze Korrespondenz mit sich herumtrug, lag außerhalb jeder Berechnung. Hätte er z. B. nur einige Briefe bei sich gehabt, so war ihm gerade durch Obrist und Oppenheimer Gelegenheit gegeben, diese vollständig zu vernichten. Und daß man einem Verdächtigen, um ihn zu entlarven, fünf Monate Gelegenheit geben muß, zu spioniren und zu denunziren, verräth eine ebenso große Naivetät als die Anschauung, daß ein Anderer einen Spitzel zu entlarven habe, als Derjenige, bei dem derselbe Obdach und Schutz gefunden. Die Züricher Genossen ziehen das Herausschmeißen von Spitzeln dem Entlarven post festum vor. Obrist's Verdienst ist es nicht, daß Schmidt nur Gleichgültiges oder Erlogenes nach Deutschland berichten konnte, und deshalb kein Geld mehr bekam.

Die Broschüre, welche Oppenheimer unter Benutzung der Spitzel-Briefe und des ihm gelieferten Materials schrieb, umfaßt 64 Seiten im Sedezformat (halb Oktav), darunter nahmen die Briefe 24 Seiten ein. Für diese, in sechs Arbeitstagen bequem zu verrichtende Arbeit verlangte der Herr, gestützt auf einige beiläufig gefallene Aeußerungen — **500 Fr.** Natürlich wurde ihm diese ungeheuerliche Summe nicht gezahlt, sondern, wiederum nach langen Unterhandlungen, ihm 14 tägige Arbeitszeit zu dem üblichen Redaktionsgehalt in Anrechnung gebracht, d. h. 112 Fr. 50 Cts. Diese, gewiß sehr hohe Arbeitsentschädigung aber genügte dem Herrn nicht, er drohte, wenn man auf seine Forderung nicht eingehe, mit „Krieg". Eine Konferenz, in der er aufgefordert wurde, zu erklären, was er unter dem „Krieg" verstehe, verlief resultatlos, da Herr Oppenheimer sich zu derselben im trunkenen Zustande eingefunden hatte. Er versprach zwar, wiederzukommen, kam aber nicht. 90 Franken Vorschuß hatte er bereits in der Tasche.

Der „Krieg" wurde nun von O. in der Weise inszenirt, daß er Obrist zunächst veranlaßte, die Käufer der Vereinsbuchdruckerei zu verklagen und selbst an gegnerische Blätter tendenziöse Berichte über den Prozeß veröffentlichte, in welchen er deutsche Genossen der Undankbarkeit, des Wortbruchs u. s. w. beschuldigte. War der Prozeß bereits in sich eine Denunziation, da Dinge erörtert werden mußten, welche gewisse Herren nicht zu wissen brauchten, so wurde durch die Zeitungsartikel dafür gesorgt, die schweizerische Bevölkerung gegen die deutschen Sozialisten, insbesondere gegen die Beamten des Parteiorgans feindlich zu stimmen. Dieser Absicht entstammt auch der Artikel des „Reichsboten", der u. A. absichtlich an ein hiesiges Skandalblatt, das unausgesetzt Aufhebung des Asylrechts verlangt, und gegen welches gerade Herr Oppenheimer im Sommer in der „Arbeiterstimme" allerhand Verse 2c. geschmiedet, gesandt wurde. Die edle Absicht liegt auf der Hand: Denunziation aus Rachsucht.

Alle diese Machinationen sind indeß bis jetzt erfolglos geblieben, in der hiesigen Arbeiterschaft herrscht nur eine Stimme, die der Erbitterung gegen die Faullenzergesellschaft der Wirthschaft zum Thaleck. Die gegnerische Presse freut sich natürlich des Skandals, benutzt ihn aber doch nicht im Sinne des Revolverjournalisten Oppenheimer. Die Forderungen, welche Obrist im Prozeßwege erhoben, charakterisiren sich dadurch, daß der Herr u. A. Herausgabe der Spitzelbriefe oder 500 Franken Entschädigung verlangt, während er sich seinerzeit schriftlich hat bezeugen lassen und ein derartiges Dokument unsern Vertrauensleuten eingehändigt hat, daß er für die der Partei übergebenen Briefe keinerlei Entschädigung erhält. Ueber die sonstigen Forderungen, die sich auf der gleichen Höhe befinden, ein andermal.

Am letzten Montag wurde Herr Oppenheimer vom Genossen Fischer, der ihm begegnete und den der Zorn übermannte, gehörig durchgebläut. Das hat natürlich dem feigen Burschen willkommene Veranlassung zu neuen Lügen und Denunziationen gegeben. Mit einer Broschüre, die sich nicht nur gegen die hiesigen Genossen, sondern auch gegen diejenigen in Deutschland, mit denen er in Konflikt gerathen, richten soll, hausirt Herr Oppenheimer jetzt von Buchhändler zu Buchhändler, denn der Mensch ist so baar jeden Ehrgefühls, daß er seine Rache sogar in Geld umzusetzen sucht.

Im vorigen Sommer war in liberalen Blättern ein Artikel zu lesen, wonach zu den preußischen Landtagswahlen die Sozialdemokraten mit den Konservativen, die ihnen dafür einen Sitz im Landtag einräumen würden, ein Kompromiß geschlossen hätten. Auch diese Lügennachricht entstammt der Feder des Herrn Oppenheimer, der mit diesem „Witze" Zeilen riß. Bei der letzten Anwesenheit unserer Abgeordneten in Zürich wurde ihm dieser Unfug gehörig verwiesen. So sagte ihm Genosse Bebel: Hören Sie, Oppenheimer, wenn so Etwas noch einmal passirt, dann hört der Spaß auf, dann fliegen Sie mit Eklat aus der Partei hinaus!

Damit und mit dem Vers, den O. selbst seinem jetzigen Genossen Attenhofer gewidmet, wollen wir heute schließen:

Spione und Verräther
Verdienen einen Strick!

Briefkasten

der Expedition. N. 1315: Mk. 3,— Ab. 1. Qu. erh. — H. O. Paris: Fr. 2,50 Ab. 1. Qu. erh. — Sozialisten von Montmartre: Fr. 5,— per Usds. dkd. erh. — R. H. Halifax: Fr. 2,50 Ab. 1. Qu. 83 erh. — M. Elpidine Genf: Fr. 1,50 Ab. Jan. u. Remittenda erh. — Nbg. a. S.: Mk. 3,— Ab. 1 Qu. für Ser. K. erh. — Soz. allemande Vevey: Fr. 7,20 erh. Wofür? — Moriz: Mk. 18,— Ab. 4. Qu. erh. Ww. notirt. — Lüneburger Haide: Mk. 15,— à Cto. Ab. erh. Weiteres notirt und nach Wunsch besorgt. — A. G. H. a. R: Mk. 5,— für Schft. erh. Sdg. mit 7 abgg. — M. E. L.: Mk. —,50 für 1 Spybr. erh. Adr. notirt. Reklamietes ging an C. — Tm. Berlin: Die Mk. 4 80 haben d. Usds. dkd. zugewiesen. — F. F. Wien: dwsl. 3,— Ab.-Rest 1. Qu. u. à Cto. 2. Qu. erh. — Drosselbruder: Mk. 60,— eingetr. Bf. erwartet. — Bll.: Fr. 2,65 f. Schft. v. d. Vers. am 10. ds. erh. — Khr. Z.: Fr. 2,— Ab. 1. Qu. erh. — J. Rtb. Ostr.: Fr. 3,07 für Schft. erh. — A. R. Aarau: Fr. 2,— für 1 Mt. Ab. u. Schft. erh. — Rothe Faust: Alles längst besorgt. F. hat leider Adr. undeutlich geschr. — F. S. Zug: Fr. 18,— Ab. 1. Qu., Fr. 7,— à Cto. Schft. u. 1 Fr. per Usds. dkd. erh. Beleg über Fr. 4,— für Kf. eingereiht. Fr. 5,— an Krgr. ausgefolgt. — Republ. Ladewig: Mk. 3,— Ab. bis Mitte April erh. — K. Wormser: Mk. 120,— à Cto. erh. Anszg. 2c. brfl. 4 hat Verzögerung in Zwischenhand. — Alte Flagge: Mk. 6,— Ab. 1. Qu. erh. Ww. notirt. — F. W. Fysche Phildlph.: Fr. 138,— per Ab. 1. Qu. u. hievon Fr. 77,11 f. d. im Verein versteigerte Weihnachtsbretzel (Doll. 15.30) F.'s dkd. erh. Gilt für genossen. Differenz geordnet, kam vom Cours her. Gruß! — Nebus: Mk. 6,— Ab. pr. Februar erh. — Lüttich W.: Fr. 5,50 Ab. 5 Expl. Febr. u. März, sowie Porto erh. War Alles pünktlichst besorgt. — J. B. Basel: Fr. 20,— erh. Bf. erwartet. — Peter: Mk. 20,— Ab. pr. Dez. 82 erh. Mehrbestllg. folgt. Weiteres siehe Bfl. 6. — O. F. u. C. Z.: Fr. —,60 f. Schft. erh. — Schwf. Liege: Fr. 10,50 Ab. pr. Ende April erh. Verspätung durch Annonce Antwerpen. — Bruno: Bf. v. 11. erh. Nachbstllg. besorgt. — Rother zam: Fr. 12,— per Usds., Fr. —,65 Cto. M., Fr. —,65 alter Rest, Fr. 4,50 Ab. 1. Qu. u. Fr. 1,70 à Cto. 2. Qu. erh. Adr. nach Vorschrift. —

Reichsmanlwurf in K.: Warum keine Antwort auf Bf. vom Nov.? Nicht erhalten? Rchsmwf. Z.

Auf mehrseitige Anfrage zur Nachricht, daß Genosse Karl Pfund, früher in Stuttgart, nicht nach Amerika, sondern nach Mannheim übergesiedelt ist, wo er ein Geschäft etablirt hat.

K. W. T.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.